

Rinkel, Helmut - Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher
Schmitt, Walter - Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher
Scholl, Alexander - Stadtverordneter
Simon, Gregor - Stadtverordneter
Stöwesand, Edwin – Stadtverordneter (ab 19:45 Uhr)
Weihmann, Martin - Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher
Winter, Lydia - Stadtverordnete

Magistrat:

Bürgermeister Maier
Erster Stadtrat Dr. Vonderheid
Bauer, Gerd – Stadtrat
Breckner Dr. Albert – Stadtrat (bis 20:15 Uhr)
Haas, Günter – Stadtrat
Hahl, Herbert – Stadtrat
Hinz, Peter – Stadtrat
Hofmann, Margareta – Stadträtin
Krotz, Christiane – Stadträtin
Marconi, Pietro – Stadtrat
Wittgruber, Otmar - Stadtrat

Verwaltung:

Blumenschein, Dieter
Gross, Beate – Schriftführerin
Hahl, Werner
Hecher, Rolf
Meister, Hans
Nickel, Stefan
Schahn, Hans-Joachim
Scherer, Wolfgang
Vilgis, Sabine

Entschuldigt fehlen die Stadtv. D. Brechenser, E. Ehret, E. M. Risse sowie die Stadträte H. Schlatter und J. Stumpf.

Die Stadtverordnetenvorsteherin eröffnet die heutige Sitzung und stellt vor Beginn der Beratungen die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung fest. Hiergegen werden keine Einwände erhoben.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen
- 1.1 der Stadtverordnetenvorsteherin
- 1.2 des Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses
- 1.3 des Vorsitzenden des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses
- 1.4 des Vorsitzenden des Ausschusses für Familie, Jugend und Senioren
- 1.5 des Magistrats
- 1.6 der Ortsvorsteher

2. Anfragen an den Magistrat
3. Vorlage
 - a) der Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan für das Jahr 2007
 - b) des Finanzplanes für das Jahr 2006 – 2010
 - c) des Investitionsplanes 2006 – 2010
 - d) des Waldwirtschaftsplanes
4. Bebauungsplan "Beethovenstraße/Wilhelm - von - Ketteler - Straße/Poststraße/Hagenstraße" (Nr.104);
hier: 1. Offenlage des Bebauungsplanes
2. Satzungsbeschluss
5. Bebauungsplan " Burgunder Straße/ Königsberger Straße/ Hohenzollernstraße/ Danziger Straße" (Nr. 101);
hier: 1. Beteiligung der Öffentlichkeit
2. Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger Öffentlicher Belange
3. Offenlage des Bebauungsplanes
6. Bebauungsplan "Andreasstraße/ Königsberger Straße/ Burgunder Straße/ Danziger Straße" (Nr. 100);
hier: 1. Beteiligung der Öffentlichkeit
2. Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger Öffentlicher Belange
3. Offenlage des Bebauungsplanes
7. Bebauungsplan "Hohenzollernstraße/ Königsberger Straße/ Bürstädter Straße/ Danziger Straße" (Nr. 102);
hier: 1. Beteiligung der Öffentlichkeit
2. Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger Öffentlicher Belange
3. Offenlage des Bebauungsplanes
8. Bebauungsplan " Roonstraße/ Wilhelm - von - Ketteler - Straße/ Beethovenstraße/ Hagenstraße" (Nr. 103);
hier: 1. Beteiligung der Öffentlichkeit
2. Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger Öffentlicher Belange
3. Offenlage des Bebauungsplanes
9. Ausbau der Kinderbetreuung
10. Genehmigungsverfahren nach § 31 Abs.3 Kreislaufwirtschafts - und Abfallgesetz (KrW-/AbfG) Hausmülldeponie Lampertheim-Hüttenfeld; Änderung der Rekultivierung; Antragsteller/Sitz: Zweckverband Abfallwirtschaft Kreis Bergstraße
11. Qualifizierung von Tagespflegepersonen
12. Anträge der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
 - 12.1 Änderung des Gesellschaftervertrages der Biedensand-Bäder-GmbH
 - 12.2 Einrichtung eines eingeschränkten Betreuungsdienstes für die Kindergärten an Kerwe-Montag
 - 12.3 Verbesserte Sprachförderung von Migrantenkindern im Kindergarten
 - 12.4 Entwicklung eines neuen Konzepts für das Jugendcafe "Trichter"
 - 12.5 Baumschutzsatzung für Lampertheim
 - 12.6 Nichtraucherinnenschutz in städtischen Gebäuden

1. **Mitteilungen**

1.1 der Stadtverordnetenvorsteherin

Die Vorsitzende teilt zunächst mit, dass bei der CDU-Fraktion für die ausgeschiedene Stadtv. Marisa Mrotzek Herr Detlev Reppert nachgerückt ist.

Anschließend gratuliert sie nachträglich den Stadtv. Karl-Heinz Berg (26.09.) und Helmut Hummel (07.10.) zu deren Geburtstag.

Letztendlich übermittelt sie den Dank des Stadtv. Kühn für die Genesungswünsche der Stadtverordneten und der Stadträte.

1.2 des Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses

Es liegen keine Mitteilungen vor.

1.3 des Vorsitzenden des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses

Es liegen keine Mitteilungen vor.

1.4 des Vorsitzenden des Ausschusses für Familie, Jugend und Senioren

Es liegen keine Mitteilungen vor.

1.5 des Magistrats

Der Magistratsbericht ging den Stadtv. mit der Einladung zu.

1.5.1 Aufsichtsbehördliche Stellungnahme zum Ersten Nachtragshaushaltsplan 2006

Die Mitteilungsvorlage des FB 20 Finanzen ging den Stadtv. mit der Einladung zu.

1.6 der Ortsvorsteher

Es liegen keine Mitteilungen vor.

2. Anfragen an den Magistrat

2.1 Rentamt - Anfrage von Stadtv. Hummel

Stadtv. Hummel nimmt Bezug auf seine Anfrage hinsichtlich der zugemauerten Fenster am Rentamt sowie der Stellungnahme des Denkmalschutzamtes, nach dessen Aussage die Fenster schon immer zugemauert gewesen seien. Da es über diese Angelegenheit sehr widersprüchliche Aussagen gibt, bittet er die Verwaltung sich vom Denkmalschutzamt die Photographien sowie den Zustandsbericht übersenden zu lassen, um anhand dieser Unterlagen eine endgültige Klärung herbeizuführen.

2.2 Schülerverkehr in die Erich-Kästner-Schule Bürstadt - Anfrage von Stadtv. Simon

Eine Anfrage des Stadtv. Simon befasst sich mit dem Schülerverkehr in die Erich-Kästner-Schule Bürstadt. Die Anfrage ist der Niederschrift als Anlage (1) beigelegt.

A

Im Hinblick auf den Transport der Schüler weist Bürgermeister Maier darauf hin, dass in Lampertheim ein bedarfsdeckendes Schulangebot gegeben ist, so dass es keine Aufgabe der Stadt Lampertheim sei, den Transport von Lampertheim nach Bürstadt sicherzustellen.

Für den ersten Teil der Anfrage sichert er eine Beantwortung nach Durchführung entsprechender Recherchen zu.

2.3 Bürgerhaushalt - Anfrage von Stadtv. Ohl

Stadtv. Ohl nimmt Bezug auf einen Presseartikel vom 12.10.2006, wonach der seitens der FDP-Fraktion beantragte Bürgerhaushalt erst nach der Beschlussfassung über den HH-Plan hergestellt werden soll und führt, aus, dass diese Verfahrensweise nicht der Intention auf mehr Transparenz der Verwaltung entspreche.

Bürgermeister Maier bestätigt die Aussage des Presseartikels und begründet dies damit, dass die aufgrund freier demokratischer Wahlen bestimmten Repräsentanten der Stadt Lampertheim durchaus in der Lage seien einen Haushalt aufzustellen. Eine Veröffentlichung des Zahlenwerkes in einer Broschüre hält er erst nach Beschlussfassung des Haushaltes für sinnvoll.

3. Vorlage

- a) der Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan für das Jahr 2007**
- b) des Finanzplanes für das Jahr 2006 – 2010**
- c) des Investitionsplanes 2006 – 2010**
- d) des Waldwirtschaftsplanes**

Bürgermeister Maier trägt den Wortlaut seiner Haushaltsrede vor. Ein Exemplar der Rede wird den Stadtv. während der Sitzung überreicht.

**4. Bebauungsplan "Beethovenstraße/Wilhelm - von - Ketteler - Straße/Poststraße/Hagenstraße" (Nr.104);
hier: 1. Offenlage des Bebauungsplanes
2. Satzungsbeschluss**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt

- 1. die von den Behörden und Trägern Öffentlicher Belange während der Offenlage des Bebauungsplanes vorgebrachten Anregungen und**

Hinweise gemäß den Ausführungen in dieser Sitzungsvorlage zu berücksichtigen oder nicht zu berücksichtigen.

- 2. die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Beethovenstraße/ Wilhelm – von – Ketteler – Straße/ Poststraße/ Hagenstraße gem. § 81 HBO als Satzung**
- 3. die Integration dieser Satzung gem. § 9, Abs. 4 BauGB in den Bebauungsplan**
- 4. den Bebauungsplan „Beethovenstraße/ Wilhelm – von – Ketteler – Straße/ Poststraße/ Hagenstraße“ in der Fassung vom 13.10.2006 als Satzung, die zusammenfassende Erklärung gem. § 10 Abs. 4 BauGB und die Begründung zum Bebauungsplan**

Beratungsergebnis: Einstimmig

Die Sitzungsvorlage war den Stadtv. bereits zugegangen.
Die Beschlussfassung erfolgt ohne Aussprache.

- 5. Bebauungsplan " Burgunder Straße/ Königsberger Straße/ Hohenzollernstraße/ Danziger Straße" (Nr. 101);
hier: 1. Beteiligung der Öffentlichkeit
2. Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger Öffentlicher Belange
3. Offenlage des Bebauungsplanes**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,

- 1. die vorgetragenen Anregungen aus der Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger Öffentlicher Belange , wie in dieser Sitzungsvorlage dargelegt, zu berücksichtigen bzw. nicht zu berücksichtigen.**
- 2. den Bebauungsplan „ Andreasstraße/ Königsberger Straße/ Burgunder Straße/ Danziger Straße“ (Nr.101) in der aktuellen Fassung vom 13.10.06 für die Dauer eines Monats offen zu legen.**

Beratungsergebnis: Einstimmig

Die Sitzungsvorlage war den Stadtv. bereits zugegangen.
Die Beschlussfassung erfolgt ohne Aussprache.

- 6. Bebauungsplan "Andreasstraße/ Königsberger Straße/ Burgunder Straße/ Danziger Straße" (Nr. 100);
hier: 1. Beteiligung der Öffentlichkeit
2. Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger Öffentlicher Belange
3. Offenlage des Bebauungsplanes**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,

- 1. die vorgetragenen Anregungen aus der Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger Öffentlicher Belange, wie in dieser Sitzungsvorlage dargelegt, zu berücksichtigen bzw. nicht zu berücksichtigen.**
- 2. den Bebauungsplan „ Andreasstraße/ Königsberger Straße/ Burgunder Straße/ Danziger Straße“ (Nr.100) in der aktuellen Fassung vom 13.10.06 für die Dauer eines Monats offen zu legen.**

Beratungsergebnis: Einstimmig

Die Sitzungsvorlage war den Stadtv. bereits zugegangen.
Die Beschlussfassung erfolgt ohne Aussprache.

- 7. Bebauungsplan "Hohenzollernstraße/ Königsberger Straße/ Bürstädter Straße/ Danziger Straße" (Nr. 102);
hier: 1. Beteiligung der Öffentlichkeit
2. Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger Öffentlicher Belange
3. Offenlage des Bebauungsplanes**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,

- 1. die vorgetragenen Anregungen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und der sonstigen Träger Öffentlicher Belange , wie in dieser Sitzungsvorlage dargelegt, zu berücksichtigen bzw. nicht zu berücksichtigen.**
- 2. den Bebauungsplan „ Hohenzollernstraße/ Königsberger Straße/ Bürstädter Straße/ Danziger Straße“ (Nr.102) in der aktuellen Fassung vom 13.10.06 für die Dauer eines Monats offen zu legen.**

Die Beschlussfassung erfolgt mit der Maßgabe, dass auf dem Grundstück Ecke Bürstädter Straße / Königsberger Straße (Nr. 460/1) ausnahmsweise nach wie vor eine Tankstelle zulässig bleibt.

Beratungsergebnis: Einstimmig

Die Sitzungsvorlage war den Stadtv. bereits zugegangen.
Die Beschlussfassung erfolgt ohne Aussprache.

- 8. Bebauungsplan " Roonstraße/ Wilhelm - von - Ketteler - Straße/ Beethovenstraße/ Hagenstraße" (Nr. 103);
hier: 1. Beteiligung der Öffentlichkeit
2. Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger Öffentlicher**

Belange
3. Offenlage des Bebauungsplanes

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,

- 1. die vorgetragenen Anregungen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und der sonstigen Träger Öffentlicher Belange , wie in dieser Sitzungsvorlage dargelegt, zu berücksichtigen bzw. nicht zu berücksichtigen.**
- 2. den Bebauungsplan „ Roonstraße/ Wilhelm - von Ketteler – Straße/ Beethovenstraße/ Hagenstraße“ (Nr.103) in der aktuellen Fassung vom 13.10.06 für die Dauer eines Monats offen zu legen.**

Beratungsergebnis: Einstimmig

Die Sitzungsvorlage war den Stadtv. bereits zugegangen.
Die Beschlussfassung erfolgt ohne Aussprache.

9. Ausbau der Kinderbetreuung

Beschluss:

Die städtischen Gremien beschließen, im neuen Jahr die Kleinkindplätze für Kinder ab 2 Jahren um 10 auf insgesamt 15 Plätze aufzustocken.

Beratungsergebnis: Einstimmig

Die Sitzungsvorlage war den Stadtv. bereits zugegangen.
Die Beschlussfassung erfolgt ohne Aussprache.

10. Genehmigungsverfahren nach § 31 Abs.3 Kreislaufwirtschafts - und Abfallgesetz (KrW-/AbfG) Hausmülldeponie Lampertheim-Hüttenfeld; Änderung der Rekultivierung; Antragsteller/Sitz: Zweckverband Abfallwirtschaft Kreis Bergstraße

Beschluss:

Die Stadt Lampertheim stimmt dem Antrag des ZAKB zur Änderung der Rekultivierung auf den Deponieabschnitten I und II der Kreismülldeponie in Lampertheim-Hüttenfeld aus den in dieser Sitzungsvorlage genannten Gründen nicht zu. Die bisher festgelegte Rekultivierung ist unter Berücksichtigung der von der Stadt Lampertheim vorgebrachten Argumentation und der vorgeschlagenen Maßnahmen beizubehalten. Eine Aufforstung außerhalb der Kreismülldeponie entspricht nicht dem eigentlichen Sinn und dem Ziel einer Rekultivierung. Insbesondere auch die eigentumsrechtlichen Bedenken lassen die vorgesehene Änderung der Rekultivierung nicht zu.

Beratungsergebnis: Einstimmig

Die Sitzungsvorlage war den Stadtv. bereits zugegangen.
Eine Ergänzung hierzu wurde den Stadtv. als Tischvorlage ausgehändigt.

Zu der Tischvorlage teilt Bürgermeister Maier mit, dass der Beschlussvorschlag unverändert, die Sachdarstellung jedoch eine Zusammenfassung der gutachterlichen Stellungnahme eines wissenschaftlichen Mitarbeiters der Forschungsanstalt Baden-Württemberg zur Rekultivierung von Mülldeponien enthält.

Stadtv. Hahn nimmt für die SPD-Fraktion Stellung. Seine Ausführungen sind dem Protokoll als Anlage (2) beigelegt.

A

Für die CDU-Fraktion bezieht Stadtv. Meyer Stellung. Sein Redebeitrag ist der Niederschrift ebenfalls als Anlage (3) beigelegt.

A

Stadtv. Hummel spricht für die FDP-Fraktion. Sein Redebeitrag ist als Anlage (4) der Niederschrift beigelegt.

A

Stadtv. Plenert spricht sich für die Grünen-Fraktion ebenfalls für die Verwaltungsvorlage aus. Sein Redebeitrag ist dem Protokoll als Anlage (5) beigelegt.

A

Stadtv. Hahn bekräftigt sodann nochmals die Meinung der SPD-Fraktion, wonach eine Rekultivierung durch Aufforstungsmaßnahmen angestrebt wird. Im Hinblick auf die seinerzeit im Raum gestandene Diskussion um einen Verkauf der Deponie führt er aus, dass die ablehnende Haltung der SPD-Fraktion in dem damals angestrebten Ziel hinsichtlich der Planung eines Gewerbegebietes begründet war.

Im weiteren Verlauf der Aussprache bittet Stadtv. Meyer zu prüfen, ob der Stadtv. Götz als Mitglied eines Gremiums des ZAKB durch § 25 HGO betroffen ist. Die Sitzung wird daraufhin in der Zeit von 20:25 – 20:30 Uhr unterbrochen. Die Vorsitzende teilt anschließend mit, dass der Stadtv. Götz lediglich Mitglied der Verbandsversammlung ist und somit kein Widerstreit der Interessen vorläge.

Stadtv. Götz verweist sodann nochmals ausdrücklich auf die vertraglichen Vereinbarungen, die als Rekultivierungsziel die Anlage eines Waldes vorsieht, so dass diese Vorgabe auch zu erfüllen sei. Danach informiert er über die beabsichtigten Gebührenanpassungen des ZAKB, die eine Erhöhung für Mitglieder in Höhe von 0,45 – 1 % je nach Tonnengröße und für Nichtmitglieder eine Erhöhung von ca. 11 % vorsehen. Bei der Ermittlung dieser Gebührenanpassung seien Einsparungen durch die Auflösung der Rückstellung für die Deponienachsorge vorgenommen worden. Diese Einsparungen seien den Mitgliedern und die Mehrkosten den Nichtmitgliedern angerechnet worden. Als Fazit dieser Kalkulation stellt er fest, dass die Einsparungen auf der Deponie den Mitgliedsgemeinden zu Gute kommen und die Stadt Lampertheim letzten Endes dafür zahlen musste. Er plädiert dafür, gegen den daraus resultierenden Umlagebescheid gerichtlich vorzugehen.

Im weiteren Verlauf der Aussprache zeigt sich Stadtv. Schmitt enttäuscht über die Stellungnahme des Forstes zumal wissenschaftlich erwiesen sei, dass eine Bewaldung möglich ist.

11. Qualifizierung von Tagespflegepersonen

Beschluss:

Die städt. Gremien beschließen, die fachliche Qualifizierung von Tagespflegepersonen ab dem Jahr 2007 finanziell zu fördern

Beratungsergebnis: Einstimmig

Die Sitzungsvorlage war den Stadtv. mit der Einladung zugegangen.

Stadtv. Rinkel verweist auf den Beschluss des Ausschusses für Familie, Jugend und Senioren, wonach die finanzielle Förderung davon abhängig gemacht werden sollte, dass unmittelbar nach der Qualifizierung mit der Betreuung eines Kindes aus Lampertheim begonnen werden soll.

Bürgermeister Maier entgegnet darauf, dass der Begriff „unmittelbar“ in der Umsetzung etwas problematisch sei, so dass die Sitzungsvorlage nunmehr die Förderung an eine „schnellstmögliche Betreuung“ knüpft.

Stadtv. Korb plädiert für die Vorlage und spricht sich aber auch dafür aus, in den Ausschüssen das Marketing der Maßnahme zu beobachten.

Stadtv. Götz sieht in dem Vorgehen eine gute Zielrichtung. Dabei plädiert er nicht nur für entsprechende Marketingmaßnahmen, sondern auch für die Einhaltung der Förderungskriterien. Sollte das Konzept erfolgreich sein, spricht er sich dafür aus, im Nachtrag 2007 weitere Mittel bereit zu stellen.

12. Anträge der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

12.1 Änderung des Gesellschaftervertrages der Biedensand-Bäder-GmbH

Beratungsergebnis: Antrag zurückgezogen

Der schriftliche Antrag war den Stadtv. mit der Einladung zugegangen.

Stadtv. Hahn trägt den Wortlaut der Begründung vor. Danach teilt er mit, dass nach Auskunft des Bürgermeisters sich der Aufsichtsrat der Biedensand-Bäder GmbH bereits mit der Thematik befasst habe und dabei Einigung erzielt wurde, dass der bestehende Gesellschaftervertrag zu überarbeiten ist.

Aus diesem Grund zieht er den Antrag zurück.

12.2 Einrichtung eines eingeschränkten Betreuungsdienstes für die Kindergärten an Kerwe-Montag

Beratungsergebnis: Antrag zurückgezogen

Der schriftliche Antrag war den Stadtv. mit der Einladung zugegangen.

Bürgermeister Maier weist darauf dass dieser Punkt nicht in die Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung fällt. Vielmehr sei die Dienstregelung am „Kerwe-Montag“ Gegenstand einer Dienstvereinbarung zwischen dem Dienststellenleiter und dem Personalrat. Allerdings sei beabsichtigt, die am 31.12. dieses Jahres auslaufende Dienstvereinbarung neu zu formulieren und dabei sei auch die Frage in Bezug auf die Kindertagesstätten mit beinhaltet.

Stadtv. Rinkel bezweifelt, dass die Stadtverordnetenversammlung im Rahmen ihrer Beeinflussung des Soziallebens innerhalb der Stadt Lampertheim nicht über

einen Betreuungsdienst am Kerwe-Montag beschließen kann.

Bürgermeister Maier weist nochmals darauf hin, dass die konkrete Handhabung zwischen dem Dienstherrn und dem Personalrat zu regeln sei. Da die derzeitige Dienstvereinbarung zum Jahresende ausläuft, geht er davon aus, dass bis zum Jahr 2007 eine Lösung gefunden wird.

Stadtv. Rinkel zieht darauf hin den Antrag zurück.

12.3 **Verbesserte Sprachförderung von Migrantenkindern im Kindergarten**

Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt

- 1. die Verwaltung zu beauftragen, einen Vorschlag zur verbesserten Sprachförderung von Migrantenkindern in den Kindergärten zu erarbeiten. Die Einbeziehung der Eltern ist hierbei mit zu berücksichtigen.**
- 2. Die Vorschläge sollen im Ausschuss für Familie, Jugend und Senioren behandelt werden. Eventuell entstehende Mehrkosten sind darzustellen.**

Beratungsergebnis: 41 Ja-Stimme(n), 1 Gegenstimme

Der schriftliche Antrag sowie der Wortlaut der Begründung waren den Stadtv. mit der Einladung zugegangen.

Stadtv. Rinkel trägt den Wortlaut der Begründung des Antrages vor.

Der Antrag wird von dem Stadtv. Ohl unterstützt. Dabei spricht er sich für eine Sprachförderung sowohl bei Migrantenkindern als auch bei deutschen Kindern in den Kindertagesstätten und in den Familien aus. Dabei sei eine spezielle Ausbildung der ErzieherInnen sowie der Eltern Voraussetzung. Hierbei sei zu beachten, dass die Förderung der Kinder systematisch, zielgerichtet, dokumentiert und unter Nutzung der Herkunftssprache der Migranten durchgeführt werde. Außerdem sei eine Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen sehr wichtig.

Hierzu verweist er auf eine Vielzahl von Angeboten des Kreises Bergstraße sowie eine Liste mit Literaturhinweisen, die dem Protokoll als Anlage (6) beigefügt sind.

A

Er spricht sich weiter dafür aus, zu diesem Thema die entsprechenden Fachleute, u.a. vom Kreis, zur Diskussion in den Ausschuss für Familie, Jugend und Senioren einzuladen. Dabei mache das Projekt nur Sinn, wenn es in einem Netzwerk aller Kindertagesstätten, Horte sowie der betreuten Grundschulen koordiniert und behandelt werde.

Letztendlich informiert er über bereits bestehende Projekte in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg.

Stadtv. Rinkel bittet darum, die Intention des Antrages nicht zu verkomplizieren und befürchtet, dass die bestehenden Landesprogramme nicht weiterhelfen.

Bürgermeister Maier spricht sich ebenfalls für eine Behandlung des Antrages im Ausschuss für Familie, Jugend und Senioren aus. Im Hinblick auf die Ausführungen des Stadtv. Ohl hält er dessen Vorschläge durch die Stadt

Lampertheim jedoch nicht für finanzierbar. Dabei erkennt er zwar die Notwendigkeit dieser Maßnahmen, hält dies in dem Rahmen jedoch durch die Kommune nicht für leistbar.

12.4 Entwicklung eines neuen Konzepts für das Jugendcafe "Trichter"

Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt

- 1. die Verwaltung zu beauftragen, die Stadtjugendpflege zu beauftragen, ein Konzept für das Jugendcafe „Trichter“ zu entwickeln, welches möglichst vielen Jugendlichen-Gruppen gerecht wird.**
- 2. Im Zuge der Erarbeitung eines neuen Konzeptes sollen auch die speziellen Bedürfnisse von Immigrationskindern Berücksichtigung finden.**
- 3. Das Konzept soll Ende des 1. Quartals 2007 vorliegen und im Ausschuss für Familie, Jugend und Senioren behandelt werden.**

Beratungsergebnis: 37 Ja-Stimme(n), 4 Gegenstimme(n), 1
Stimmenthaltung(en)

Der schriftliche Antrag sowie der Wortlaut der Begründung waren den Stadtv. mit der Einladung zugegangen.

Stadtv. Rinkel trägt die Begründung des Antrages vor.

Stadtv. Riesner verweist auf die wachsende Zahl der Randgruppen, die derzeit das Jugendcafe „Trichter“ frequentieren und hält daher die Erstellung eines neuen Konzeptes für notwendig. Er spricht sich dafür aus, den Antrag in den Ausschuss für Familie, Jugend und Senioren zu verweisen.

Stadtv. Bittner plädiert dafür, sich vor Erstellung eines neuen Konzeptes erst über den Ist-Zustand zu informieren. Sein Redebeitrag ist der Niederschrift als Anlage (7) beigefügt.

A

Auch Bürgermeister Maier vertritt die Auffassung zunächst den Ist-Zustand zu beleuchten und die Angelegenheit im Ausschuss für Familie, Jugend und Senioren zu beraten.

Stadtv. Rinkel hält an dem Antragstext fest und plädiert weiterhin für die Entwicklung eines neuen Konzeptes. Dabei hält auch er die Information über den derzeitigen Zustand für erforderlich.

12.5 Baumschutzsatzung für Lampertheim

Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, im I. Halbjahr 2007 einen Entwurf für eine Baumschutzsatzung

für Lampertheim – nach den in dem Antragstext genannten Kriterien – vorzulegen.

Beratungsergebnis: Einstimmig

Der Wortlaut des Antrages war den Stadtv. mit der Einladung zugegangen. Stadtv. Plenert begründet diesen. Seine Ausführungen sind der Niederschrift als Anlage (8) beigefügt.

A

Stadtv. Dr. Krahe nimmt für die FDP-Fraktion Stellung. Sein Redebeitrag ist als Anlage (9) dem Protokoll beigefügt.

A

Stadtv. Kirsch hält diesen Antrag aufgrund der zum jetzigen Zeitpunkt notwendigen Haushaltplanberatungen in diesem Jahr nicht mehr für realisierbar. Des Weiteren spricht er sich dafür aus, die Satzung in den zuständigen Ausschüssen zu beraten.

Stadtv. Plenert erklärt sich daraufhin mit der Vorlage eines Satzungsentwurfes im I. Halbjahr 2007 für einverstanden.

12.6 Nichtraucherinnenschutz in städtischen Gebäuden

Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, durch geeignete Maßnahmen ein Rauchverbot in den Räumlichkeiten, die in dem Einflussbereich der Stadtverordnetenversammlung liegen, umzusetzen.

Beratungsergebnis: 34 Ja-Stimme(n), 8 Gegenstimme(n)

Der schriftliche Antrag war den Stadtv. mit der Einladung zugegangen.

Bürgermeister Maier weist darauf hin, dass auch das Thema „Rauchverbot“ in den Gebäuden und Räumen der Stadtverwaltung in die Zuständigkeit des Bürgermeisters fällt. Dabei verweist auf die derzeitige Diskussion auf Bundesebene und schlägt vor, deren Ergebnisse abzuwarten. Allerdings könnte die Stadtverordnetenversammlung darüber befinden, ob während der Stadtverordnetenversammlung im Stadthaus grundsätzlich nicht geraucht werden soll. In Bezug auf die dienstlichen Räumlichkeiten der Stadtverwaltung sei jedoch die Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung nicht gegeben.

Stadtv. Rinkel weist darauf hin, dass sich der Antrag eher auf die öffentlichen Räume, in denen Publikumsverkehr stattfinden bzw. den Sitzungssaal und dessen Vorraum, bezieht. Er denkt eine Beschlussfassung über diesen Bereich – unter Berücksichtigung der gesetzlichen Gegebenheiten – sollte möglich sein.

Stadtv. Plenert begründet den Antrag. Seine Ausführungen sind der Niederschrift als Anlage (10) beigefügt.

A

Stadtv. Dr. Krahe bezieht für die FDP-Fraktion Stellung. Seine Ausführungen sind der Niederschrift als Anlage (11) beigefügt.

A

Bürgermeister Maier räumt ein, dass die Stadtverordnetenversammlung durch eine Änderung der Geschäftsordnung ein Rauchverbot während der Gremiensitzungen auch auf den Bereich vor dem Sitzungssaal und während dieser Zeit öffentlich zugänglichen Räume erweitern könnte.

Stadtv. Plenert schlägt sodann vor, den Antragstext dahingehend zu modifizieren, dass rauchfreie Räumlichkeiten in dem Bereich sichergestellt werden, der in die Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung fällt.

Lampertheim, den 17.10.2006-Gr.

Die Vorsitzende:

gez. Brigitte Stass

Stadtverordnetenvorsteherin

Die Schriftführerin:

gez. Beate Gross